

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,
im Referat 1, Jugendamt, für die ambulanten Hilfen auf 2 Jahre befristet eine Stelle für die
ambulanten Hilfen - Sozialpädagogische Familienhilfe u. Erziehungsbeistandschaft EG S14 zu
schaffen. 45.4556.7604 2021: 70.000 €; 2022: 70.000 €

Begründung:

Eine Auswirkung der Corona-Pandemie ist eine Erhöhung der Fallzahlen in der ambulanten
Jugendhilfe. Nach unserer Kenntnis werden diese erhöhten Fallzahlen ebenfalls durch die Vergabe an
externe Dienstleister abgefangen.

Unserer Ansicht nach ist die Schaffung einer befristeten Stelle hier sinnvoll, weil der Bedarf auf
mindestens 2 Jahre ähnlich hoch sein wird. Eine Stelle vor Ort bietet die Chance auf vermehrten
Austausch untereinander (Mehrwert für die Jugendhilfeplanung) und den Verzicht auf lange
Fahrwege durch die Vergabe an externe Anbieter, die ihren Sitz weit entfernt haben. Nach Auskunft
des Jugendamts wurde bereits überlegt, ob die Aufgaben bei der Stadt angesiedelt werden könnten.
Die Kosten würden in etwa gleich bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN